

INFORMATIONEN

Die Universität Berlin
WIRTSCHAFTS

zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse

Herausgeber: Institut für Marxistische Studien
und Forschungen (IMSF)
Erscheint in der NACHRICHTEN-Verlags-
GmbH, Frankfurt/Main

Nr. 4/1977 – Dezember

1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Im Berichtszeitraum, d. h. in den letzten drei Monaten, hat sich die konjunkturelle Tendenz fortgesetzt, die sich schon im zweiten Halbjahr 1976 abgezeichnet hatte. Wirtschaftliches Wachstum, Industrieproduktion und industrielle Auftragseingänge zeigen, daß die Wirtschaft der BRD gegenwärtig mit wenigen Schwankungen stagniert. Erstmals seit dem Ende der zyklischen Wirtschaftskrise zum Jahreswechsel 1975/76 ist die Industrieproduktion im Vergleich zum Vorjahr wieder leicht zurückgegangen.

Daraus darf jedoch nicht auf einen unmittelbar bevorstehenden Konjunkturteinbruch geschlossen werden. Die Entwicklung aller wichtigen Nachfragegrößen – Investitionen, privater Verbrauch, öffentlicher Verbrauch und Export – hat sich zwar verlangsamt, ein Rückschlag ist jedoch noch nicht zu erwarten.

Die Ursache für den Übergang in die Stagnation ist oberflächlich in der Entwicklung des Exports zu suchen. Obwohl noch immer auf hohem Niveau verharrend, obwohl noch immer hohe Exportüberschüsse erwirtschaftet werden, hat sich das Expansionstempo stark abgeschwächt.

Damit ist die einseitig auf den Export ausgerichtete Strategie von Unternehmern und Bundesregierung an ihre Grenzen gestoßen. Ihre Rechnung ist nur teilweise aufgegangen: Zwar hat der Außenhandel einen wesentlichen Beitrag zur Belebung der Produktion geleistet, doch nur auf Kosten der inländischen Nachfragefaktoren. Die „Sparpolitik“ der öffentlichen Haushalte, die zurückhaltende Lohnpolitik, die staatlich geförderte Rationalisierung haben gleichzeitig mit der Steigerung der Auslandsnachfrage die Expansion des inneren Marktes behindert.

Nun, da die Ausdehnung des Außenhandels an ihre Grenzen gestoßen ist, fehlt der konjunkturellen Entwicklung die solide Basis einer gesicherten Inlandsnachfrage.

Die Steueraufnahmen der Bundesregierung haben zumindest teilweise das Ziel, die inländi-

sche Nachfrage zu stützen. Ihr Ansatzpunkt ist jedoch nach wie vor das Profitinteresse der Unternehmen, nicht die Kaufkraft der privaten Nachfrage. Denn selbst die steuerlichen Entlastungen, die an den Löhnen und Gehältern ansetzen, zielen in Wirklichkeit stärker auf eine Verbesserung der Kostensituation der Unternehmen als auf eine Verbesserung der realen Konsumkaufkraft. Die Diskussion über die laufenden und bevorstehenden Lohntarifrunden stehen erneut unter dem Motto „Maßhalten“. Ziel ist eine kräftige Senkung der Abschlüsse im Vergleich zum Vorjahr, wobei der Hinweis auf die Steueraufnahmen als Hebel dienen soll. Da die Erhöhung der Mehrwertsteuer und die Verschiebung der Rentenanpassung im kommenden Jahr den geringen positiven Effekten der „Steuerpakete“ entgegenwirkt, würde ihre Berücksichtigung in den Lohnverhandlungen per Saldo zu einer Verschlechterung der Nachfragesituation führen. Trotz der Steueraufnahmen müßten die effektiven Lohnröhungen 1977/78 etwa in der Größenordnung von 10 Prozent liegen, sollen die Arbeitseinkommen real nur im Ausmaß des für 1978 erwarteten Wirtschaftswachstums (rund 4 Prozent) steigen.

Vom „Sachverständigenrat“ wird in seinem neuen Gutachten sogar eine reale Lohnreduktion gefordert: entgegen den gesetzlichen Bestimmungen werden direkte Lohnempfehlungen ausgegeben. Das kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß die „5 Weisen“ sich in der Beschränktheit ihrer interessengebundenen Positionen selbst gefangen haben: schließlich wurden ihre Vorschläge in der Vergangenheit weitgehend durchgeführt: mit dem Ergebnis stagnierenden Wirtschaftswachstums und steigender Arbeitslosigkeit. Es bleibt ihnen also nur die Selbstkritik oder die „Flucht nach vorn“: nämlich alle wissenschaftlichen Rücksichten fallenzulassen und sich einen „Sündenbock“ in Gestalt der Gewerkschaften zu suchen.

Alle zum Jahresbeginn geäußerten Erwartungen hinsichtlich eines langsamen Abbaus der Arbeitslosigkeit wurden über den Haufen geworfen. Währenddessen – nach 4 Jahren Massenarbeitslosigkeit – verharrt die Bundesregie-

rung beschäftigungspolitisch in unerträglicher Untätigkeit und hofft – wider alle Vernunft – auf die „Selbstheilungskräfte des Marktes“. Doch selbst eine kräftige und dauerhafte Konjunkturbelebung, eine Rückkehr zu den Wachstumsraten der sechziger Jahre, würde nicht ausreichen, um die Arbeitslosigkeit völlig zu beseitigen. Es bleibt daher nur der Schluß übrig, daß Unternehmer und Bundesregierung die Dauerarbeitslosigkeit akzeptiert haben und mit ihr leben wollen.

INHALT:

1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

1.1 Sozialprodukt

1.2 Produktion

1.3 Investitionen

1.4 Geld- und Kapitalmarkt

1.5 Außenhandel

2 Unternehmertgewinne und Konzentration

2.1 Unternehmertgewinne

2.2 Konzentration

3 Lage der Arbeiterklasse

3.1 Löhne und Gehälter

3.2 Steuern

3.3 Preise

3.4 Kämpfe der Arbeiterklasse

3.5 Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

1.1 Sozialprodukt

Das wirtschaftliche Wachstum hat sich, gemessen am Bruttosozialprodukt (BSP), in der BRD im Jahre 1977 zunehmend verlangsamt. Um die Jahresmitte herum dürfte es sogar in die Stagnation übergegangen sein, die bis in die unmittelbare Gegenwart hinein noch nicht überwunden werden konnte. Die Zuwachsraten im Jahresvergleich sind daher stark zusammengeschrumpft.

An dieser Entwicklung haben alle Bereiche der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage teilgenommen. Bei einer gesamtwirtschaftlichen Wachstumsrate von rund 3 Prozent im ersten Halbjahr 1977 ist der private Verbrauch – verlangsamt – nur noch um real 2,5 Prozent angestiegen. Noch deutlicher hat sich der öffentliche Verbrauch verlangsamt, der in diesem Zeitraum keine Zunahme verzeichnete.

Getragen vor allem durch Ersatzinvestitionen, haben die Anlageinvestitionen überproportional um real 4,6 Prozent zugenommen, wobei allerdings gegenüber dem Vorjahr ebenfalls eine Verlangsamung zu registrieren ist. Zudem wird hier für das 2. Halbjahr mit einer kräftigen Reduktion der Zuwachsrate auf 1,5 Prozent gerechnet.

Noch am stärksten war der Exportzuwachs mit 4,9 Prozent, allerdings ebenfalls deutlich geringer als im Vorjahr.

Bruttosozialprodukt der Bundesrepublik

	In jeweiligen Preisen		In Preisen von 1970	
	Mrd. DM	In % ¹	Mrd. DM	In %
1970	685,6	+13,3	529,4 ²	+5,8
1971	761,9	+11,1	545,2 ²	+3,0
1972	834,6	+ 9,5	564,0 ²	+3,4
1973	920,1	+11,2	763,0	+4,9
1974	986,9	+ 7,3	765,7	+0,4
1975	1031,1	+ 4,5	746,8	-2,5
1976	1124,9	+ 9,1	789,1	+5,7
1977 ³	1200,5	+ 6,5	811,0	+3,0
1. Hj.	565,6	+ 6,5	389,5	+3,0
2. Hj. ³	634,5	+ 7,0	421,5	+2,5

1 In % gegenüber dem Vorjahr

2 In Preisen von 1962

3 Schätzung der Wirtschaftsforschungsinstitute

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 9/77, Ifd.; DIW-Wochenbericht 42-43/77, S. 372)

Zwischen dem ersten Halbjahr 1974, dem Höhepunkt vor dem vollen Ausbruch der Wirtschaftskrise und dem ersten Halbjahr 1977, also innerhalb von drei Jahren, hat das BSP real nur noch um 4,5 Prozent zugenommen.

Das „Herbstgutachten“ der fünf Wirtschaftsforschungsinstitute vom Oktober dieses Jahres rechnet auch für 1978 mit keiner Beschleunigung der jährlichen Wachstumsraten: es ist eine Zunahme von 3 Prozent prognostiziert. Der „Sachverständigenrat“ spricht von 3,5 Prozent.

Wie wenig aber von diesen Prognosen zu halten ist, zeigt ein Rückblick:

Prognosen der Wirtschaftsforschungsinstitute für 1977

Wachstumsrate des BSP ¹		
Herbst 1976	+5,5 %	
Frühjahr 1977	+4,5 %	
Herbst 1977	+3,0 %	

1 In Preisen von 1970

(Quelle: DIW-Wochenberichte, Ifd.)

Veränderung der Nettoproduktion des produzierenden Gewerbes gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September
Produzierendes Gewerbe insgesamt	+6,3	+3,6	+6,3	+4,6	+1,5	+2,0	+2,4	-0,2	-1,1
Grundstoffe und Produktionsgüter	+6,5	+4,3	+4,2	+0,9	-0,8	+0,3	-0,7	-2,7	-3,2
Investitionsgüter	+8,4	+5,4	+9,8	+8,8	+3,6	+3,3	+7,5	+3,5	+2,0
Verbrauchsgüter	+8,5	+2,9	+6,3	+5,3	+3,9	+4,3	+1,7	-0,5	-5,3

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 11/77, S. 65*)

Ein Blick auf die wichtigsten Industriezweige zeigt, daß es noch immer große Differenzen zwischen den einzelnen Branchen gibt. Im wesentli-

Voraussichtlich wird die Wachstumsrate 1977 etwa die Hälfte der im Herbst 1976 prognostizierten ausmachen. Die bürgerliche Konjunkturprognose ist also trotz riesiger technischer Aufwendungen noch nicht einmal in der Lage, die wirtschaftliche Entwicklung auf weniger als ein Jahr auch nur einigermaßen korrekt abzuschätzen.

Das spricht allerdings nicht nur gegen die Qualität der Prognostik, sondern zeigt auch, wie wenig beeinflußbar der kapitalistische Wirtschaftsablauf tatsächlich ist. Wirtschaftliche und technologische Entscheidungen von allergrößter Tragweite für Jahrzehnte müssen getroffen werden, ohne die Rahmenbedingungen auch nur für ein Jahr absehen zu können. Was zeigt den überlebten Charakter dieser Wirtschaftsordnung deutlicher als der Widerspruch zwischen einer Technologie, die teilweise Jahrzehntelange Vorausplanungen erfordert und einer Produktionsweise, die noch nicht einmal Jahresprognosen erlaubt?

1.2 Produktion

Die Wachstumsverlangsamung und der Übergang zur Stagnation zeichnet sich besonders deutlich an den Wachstumsraten der industriellen Produktion ab. Im Zeitraum August/September lag die Produktion – saisonbereinigt – sogar um 1,5 Prozent unter dem Ergebnis vom Juni/Juli 1977 und um etwa 0,5 Prozent unter dem der Monate August/September 1976.

Produzierendes Gewerbe¹

	Index (1970=100)	Insgesamt	Grundstoffe und Investitions- Produktionsgüter		Verbrauchs- güter
			Grundstoffe Produktionsgüter	Investitions- güter	
1970	100,0	+5,9	+ 4,6	+8,7	+2,9
1971	101,5	+1,6	+ 0,5	-0,9	+4,0
1972	106,2	+4,5	+ 5,2	+2,8	+6,3
1973	112,8	+6,2	+ 9,7	+7,9	+2,6
1974	110,5	-2,0	- 0,5	-3,1	-4,4
1975	103,6	-6,2	-12,4	-4,3	-5,1
1976	110,7	+6,9	+10,3	+7,0	+7,0
1977 ²	113,5	+2,5	-	-	-

1 Industrieproduktion einschließlich Bergbau und Energiewirtschaft, in Prozent gegenüber dem Vorjahr

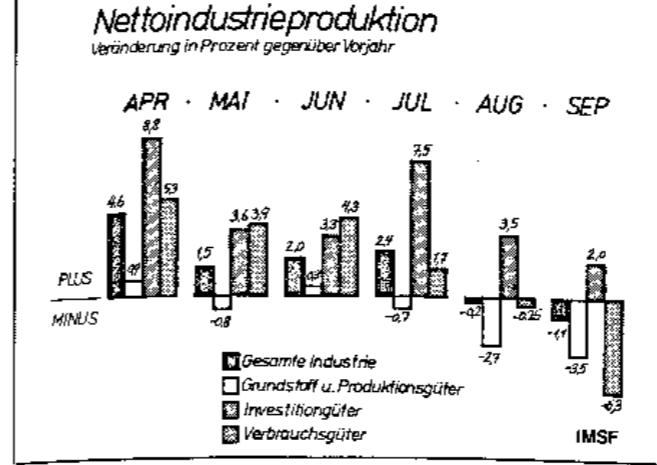
2 Eigene Schätzung auf Grundlage der ersten 9 Monate

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 11/77, S. 65*)

Der Index der Industrieproduktion liegt im Jahre 1977 mit etwa 113,5 (Basis: 1970 = 100) nur ganz geringfügig über dem Stand von 1973 (112,8), also dem Produktionshöhepunkt vor der Krise. Betrachtet man die letzten vier Jahre insgesamt, so hat die Industrieproduktion in diesem Zeitraum stagniert, eine Entwicklung, die noch Anfang der siebziger Jahre kaum für möglich gehalten worden wäre. Das „Nullwachstum“ ist also – allerdings ganz unbeabsichtigt – Realität geworden.

Die Entwicklung der letzten Monate läßt sogar einen erneuten Rückgang der Produktion im zweiten Halbjahr 1977 gegenüber dem Vorjahr möglich erscheinen.

Zwar sind die Jahresvergleichszahlen von 1977 nicht voll aussagekräftig, da die Neuberechnung zum Jahresanfang statistische Verschiebungen mit sich brachte. Auch werden die Zahlen oft noch nachträglich korrigiert – so sind die Wachstumsraten von Januar bis Mai noch einmal durchweg nach unten verändert worden. Trotzdem ist die Tendenz zur Stagnation deutlich sichtbar.



Veränderung der Nettoproduktion in ausgewählten Industriezweigen gegenüber dem Vorjahr in Prozent¹

	Mai	Juni	Juli	August
Produzierendes Gewerbe insgesamt	+ 1,5	+ 2,0	+ 2,4	+ 1,2
Eisenschaffende Industrie	- 4,2	- 2,0	- 8,3	- 10,9
Chemische Industrie	- 1,9	+ 1,4	- 0,4	- 2,9
Maschinenbau	- 5,4	- 3,0	+ 1,5	+ 0,5
Straßenfahrzeugbau	+ 7,5	+ 9,2	+ 15,1	+ 0,8
Elektrotechnik	+ 6,7	+ 3,6	+ 8,9	+ 9,6
EDV-Geräte	+ 16,4	+ 24,6	+ 57,9	+ 35,3
Textilgewerbe	- 5,2	- 3,1	- 13,4	+ 5,9
Bekleidungsgewerbe	- 7,0	- 5,5	- 6,5	- 2,8
Bauhauptgewerbe	- 0,5	+ 2,7	+ 2,5	- 1,3

1 Kleinere Differenzen zu anderen Tabellen infolge unterschiedlicher Berechnungszeitpunkte

(Quelle: Monatsbericht des Bundesministeriums für Wirtschaft (BMW) 10/77)

Herausragend aus der allgemeinen Tendenz ist vor allem die Büromaschinenindustrie (EDV-Anlagen), die offensichtlich von der Büro rationalisierung profitiert. Auch die elektrotechnische Industrie wird noch von dieser Entwicklung begünstigt. Allerdings ist die Auftragsentwicklung für diese Branche in den letzten Monaten ungünstiger geworden – vor allem infolge rückläufiger Auslandsaufträge. In den ersten 8 Monaten hat der Auftragseingang real um 5,4 Prozent unter dem gleichen Vorjahresstand gelegen.

Die Automobilindustrie gehört ebenfalls noch zu den expansiven Bereichen, obwohl die Zuwachsraten sich insgesamt deutlich vermindert haben. Die Autokonjunktur wird maßgeblich durch den PKW-Bereich getragen, der Nutzfahrzeugbereich dagegen ragt nicht aus der allgemein gedämpften Konjunkturentwicklung heraus.

In allen anderen wichtigen Branchen ist die Situation unverändert gedrückt. Die chemische Industrie stagniert ebenso wie der Maschinenbau. Die Stahlindustrie und der Kohlebergbau verzeichnen leichte Produktions- und Auftragsrückgänge, auch die Bauwirtschaft ist aus den Minuszahlen noch nicht heraus.

Bei insgesamt gedrückter Situation sind aber in keinem Bereich dramatische Veränderungen zu erwarten. Es deutet nichts darauf hin, daß die Stagnationsphase in der nächsten Zeit überwunden werden kann; es gibt jedoch auch keine Anzeichen für eine weitere Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation.

Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	Insgesamt (1)	Grundstoffe und Produktionsgüter (1)	Investitions- güter (1)	Verbrauchs- güter (1)	Insgesamt (2)	Grundstoffe und Produktionsgüter (2)	Investitions
--	------------------	--	-------------------------------	-----------------------------	------------------	--	--------------

verbunden, während bei der Rationalisierung der Bauanteil bedeutend geringer ist.

Zusammensetzung der gesamtwirtschaftlichen Anlage-Investitionen in Prozent

	Ausrüstungen ¹	Bauten
1973	37,7	62,3
1974	37,6	62,4
1975	39,4	60,6
1976	40,2	59,8
1977 ²	40,5	59,5

1 Maschinen usw.
2 Schätzung des Herbstgutachtens
(Quelle: ebenda)

Im Vordergrund der Investitionstätigkeit steht nach wie vor das Rationalisierungsziel. Nach der letzten Befragung des Ifo-Instituts vom Oktober werden auch 1978 47 Prozent aller Investitionen der Kostensenkung dienen, nur 17 Prozent sind primär mit dem Ziel der Kapazitätsvergrößerung geplant.

Der hohe Anteil der Rationalisierungsinvestitionen in der Industrie spiegelt jedoch insgesamt keine auffallende Beschleunigung der Rationalisierungstätigkeit wider. Der Umfang der Rationalisierungsinvestitionen hat nur wenig zugenommen. Auffallend ist vor allem der absolute Rückgang der Erweiterungsinvestitionen.

Investitionen der Industrie nach Zielsetzung in Mrd. DM¹

Erweiterung	Rationalisierung	Ersatzbeschaffung	Kapazitätsauslastung in %	Zum Vergleich: Bruttolöhné ²
1969	16,5	11,5	3,1	89,7 + 7,3
1970	20,0	12,3	4,0	90,8 + 11,6
1971	17,6	12,6	5,8	87,5 + 5,5
1972	12,8	14,1	5,8	85,6 + 3,6
1973	13,0	13,3	5,4	86,7 + 5,1
1974	9,9	13,1	6,0	81,7 + 3,8
1975	6,5	13,6	7,1	77,1 + 0,8
1976	6,6	12,4	8,6	81,7 + 3,0
1977 ²	7,2	12,3	9,2	82,7 + 3,0

1 In Preisen von 1970
2 Schätzungen des Ifo-Instituts
3 Reale Bruttolohnerhöhung je Beschäftigten in %, lt. Sachverständigenrat
(Quelle: Wirtschaftskonjunktur, 9/77, Sonderbeilage; Sachverständigungsgutachten 1976/77, S. 67)

Ein direkter Zusammenhang zwischen Investitionstätigkeit und Lohnentwicklung ist selbst dann nicht zu erkennen, wenn man die Zahlen des Sachverständigenrates für die Löhne benutzt, die die Lohnsteigerungen überzeichnen. Es sind im Gegenteil die Jahre mit hohen Lohnsteigerungen auch die Jahre mit den größten Erweiterungsinvestitionen, während die Jahre mit den niedrigsten Lohnerhöhungen auch Jahre der Investitionstiefpunkte sind.

Auch ein Zusammenhang zwischen Rationalisierungstätigkeit und Lohnhöhe ist nicht zu erkennen. Seit etwa 1961/1962 ist die absolute Höhe der jährlichen Rationalisierungsinvestitionen fast unverändert geblieben – sie schwankt seither um 12 bis 14 Milliarden DM (in Preisen von 1970).

Damit entlarvt sich die Behauptung von den zu hohen Löhnen als Ursache der Rationalisierungstätigkeit auf der einen und der „Investitionsmüdigkeit“ auf der anderen Seite als reine Zweckpropaganda. Obwohl sich die Lohnposition der Arbeiter auch nach den Zahlen des Sachverständigenrates seit 1975 verschlechtert hat, folgte darauf weiter ein bemerkenswerter Rückgang der Rationalisierungsinvestitionen noch ein wesentlicher Anstieg der Erweiterungsinvestitionen. Dagegen ist ein Zusammenhang zwischen Kapazitätsauslastung und Erweiterungsinvestitionen eher anzunehmen. Wenn dieser Zusammenhang auch wechselseitig sein dürfte – eine hohe Kapazitätsauslastung bewirkt eine zunehmende Investitionstätigkeit, die wiederum die Kapazitätsauslastung günstig beeinflusst –, so ist doch offensichtlich, daß dieser Prozeß nicht einfach durch Lohnsenkungen in Gang gebracht werden kann: diese verschlechtern nämlich bekanntermaßen die Absatzmöglichkeiten und drücken so auf die Kapazitätsauslastung.

Während zwischen 1973 und 1975 die Erweiterungsinvestitionen um die Hälfte zurückgingen, nahmen die Auslandsinvestitionen eine gegenläufige Entwicklung.

Inlands- und Auslandsinvestitionen der Industrie

	Veränderung der Investitionen ¹ im Jahresdurchschnitt 1973-75 gegenüber 1970-72 in %	
	Inland	Ausland
Industrie insgesamt	- 6	+ 57
darunter:		
Chemische Industrie	- 4	+ 65
Elektrotechnik	+ 11	+ 14
Eisen und Stahl	- 18	+ 272
Automobilindustrie	- 22	+ 43
Maschinenbau	- 11	+ 84
Textil- und Bekleidung	- 38	+ 26
Nahrungs- und Genußmittel	- 2	+ 63

1 Die Inlandsinvestitionen erfassen die gesamten Brutto-Anlageinvestitionen, die Auslandsinvestitionen dagegen nur den Teil, der direkt von der BRD transferiert wird, also nicht die Reinvestition von Gewinnen. Die Differenz dürfte tatsächlich also noch größer sein.
(Quelle: Ifo-Schnelldienst, 5/77, S. 10)

Vor allem die Entwicklung in der Stahlindustrie läßt vermuten, daß die von einigen Konzernen ausgewiesenen Verluste auf die Bemühung zurückzuführen sind, freiwerdendes Kapital ins Ausland zu verschieben. Dieser Prozeß hält an.

1.4 Geld- und Kapitalmarkt*

Die konjunkturelle Verlangsamung während dieses Jahres spiegelt sich eindeutig auch in der Entwicklung des Geld- und Kapitalmarktes wider.

Konsolidierte Bilanz des Bankensystems

	1976	1977	1976	1977	Veränderungen gegenüber Vorjahr in %	
	Dezember	September	Jahr	1. Vi.	2. Vi.	3. Vi.
Kredite an inländische Nichtbanken	992,0	1043,0	10,1	9,8	9,3	8,7
- Unternehmens und Private	769,2	809,6	9,4	9,4	9,3	9,0
- Öffentliche Haushalte	222,8	233,4	12,8	11,1	9,4	7,7
Netto-Auslandsförderungen	129,3	131,9	6,9	- 0,8	- 0,4	- 2,7
Geldkapitalbildung bei den Kreditinstituten ¹	589,3	628,1	11,0	9,1	8,4	5,5
darunter:						
Spareinlagen und -briefe	216,8	218,2	11,6	10,3	10,6	7,8
Geldvolumen (M ₃)	532,0	546,6	8,4	9,2	7,8	9,4

1 Einschließlich „Zentralbankenlagen der öffentlichen Haushalte“ und „Sonstige Einflüsse“
(Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatsberichte, Ifd.)

Wie aus der Tabelle „Konsolidierte Bilanz des Bankensystems“ hervorgeht, hat sich der Zuwachs der Kredite an inländische Nichtbanken im Laufe der Zeit abgeflacht: betrug er 1976 noch 10,1 Prozent gegenüber 1975, so verminderte er sich im dritten Quartal 1977 auf 8,7 Prozent. Besonders deutlich war diese Entwicklung bei den Krediten an öffentliche Haushalte. Solche Kredite sind im dritten Vierteljahr 1977 nur um 7,7 Prozent gewachsen, während sie 1975, im Jahr der Rezession und der Politik des hohen Haushaltsdefizits, die das Ziel hatte, das Abutschen der Rezession in eine schwerwiegende Wirtschaftskrise zu verhindern, um 38 Prozent und 1976 um fast 13 Prozent gestiegen waren. Die Kreditabschwächung ist das Resultat der Politik der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte, die bis zum Sommer konsequent vorangetrieben wurde, ohne daß man sich um die Auswirkungen auf die Konjunktur und auf die Beschäftigung gekümmert hätte.

Bemerkenswert ist im dritten Quartal die scharfe Verlangsamung der Geldkapitalbildung bei den Kreditinstituten. Diese Position enthält außer den Sparbriefen und Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist die Termingelder mit Befristung von 4 Jahren und darüber sowie

* Der Abschnitt wurde von Walter Micheli verfaßt

die Bankschuldverschreibungen, die bei Nichtbanken abgesetzt werden sind, und wird als Ausdruck der langfristigen Sparbildung bei den Kreditinstituten betrachtet. Für die Verlangsamung sind in erster Linie die Spareinlagen verantwortlich; mit großer Wahrscheinlichkeit hat dabei die Herabsetzung des Sparzinses eine wichtige Rolle gespielt. Innerhalb eines Jahres wurden die Zinssätze auf Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist um etwa 1 Prozentpunkt reduziert.

Absatz und Erwerb von festverzinslichen Wertpapieren (Milliarden DM)

	Jahr	1976		1977	
		1. Hj.	3. Vi.	1. Hj.	3. Vi.
Anleihen der öffentlichen Hand	16 676	6 398	6 334	10 636	5 280
Kommunalobligationen	21 123	12 290	4 984	7 972	3 727
Sonstige Bankschuldverschreibungen	10 608	6 492	3 032	5 172	3 235
Industrieobligationen	- 545	- 314	- 76	- 78	- 178
Ausländische Rentenwerte	1 354	907	356	2 701	826
Absatz = Erwerb					
insgesamt	49 213	25 773	14 630	26 403	12 890
darunter:					
Kreditinstitute	20 492	8 671	6 684	12 242	8 660
Inländische Nichtbanken	32 126	17 926	8 190	15 498	3 925

(Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatsberichte Ifd.)

Der Tabelle „Absatz und Erwerb von festverzinslichen Wertpapieren“ ist zu entnehmen, daß die Entwicklung am Kapitalmarkt in dieselbe Richtung fortschreitet, obwohl hier einige besondere Merkmale hervortreten. Im Zeitraum Januar–September 1977 ist der Absatz von inländischen Rentenwerten von 39 auf knapp 36 Milliarden zurückgegangen. Die Verminderung des Absatzes von öffentlichen Wertpapieren (Anleihen und Kommunalobligationen, die von Kreditinstituten zur Finanzierung von Gemeindevorhaben ermittelt werden) wäre wohl deutlich größer gewesen, wenn die öffentlichen Haushalte nicht einen Teil ihrer kurzfristigen Verschuldung gegenüber den Banken durch die Emission von Schuldverschreibungen konsolidiert hätten; im ersten Halbjahr 1977 betragen die Direktausleihungen der Kreditinstitute an öffentliche Haushalte nur 4,3 Milliarden, im Vergleich zu 14,6 Milliarden im gleichen Vorjahreszeitraum.

In Zusammenhang mit den niedrigen Finanzierungsbedürfnissen der Unternehmen und der öffentlichen Hand und der hohen Liquidität, die das Wirtschaftssystem aufweist, zeigen die kurz- und langfristigen Zinssätze seit langem eine Abwärtstendenz.

Zinsen, Rendite und Kurse am Kredit- und Kapitalmarkt

Zeit	Kontokorrent-kredite ¹	Rendite von Anleihen der öffentl. Hand		Index der Aktienkurse ²
		in %	29. 12. 1972 = 100	
1975				
1. Vj.	10,78	9,0	89,1	
2. Vj.	9,41	8,4	94,2	
3. Vj.	8,24	8,3	93,1	
4. Vj.	7,65	8,4	98,3	
1976				
1. Vj.	7,50			

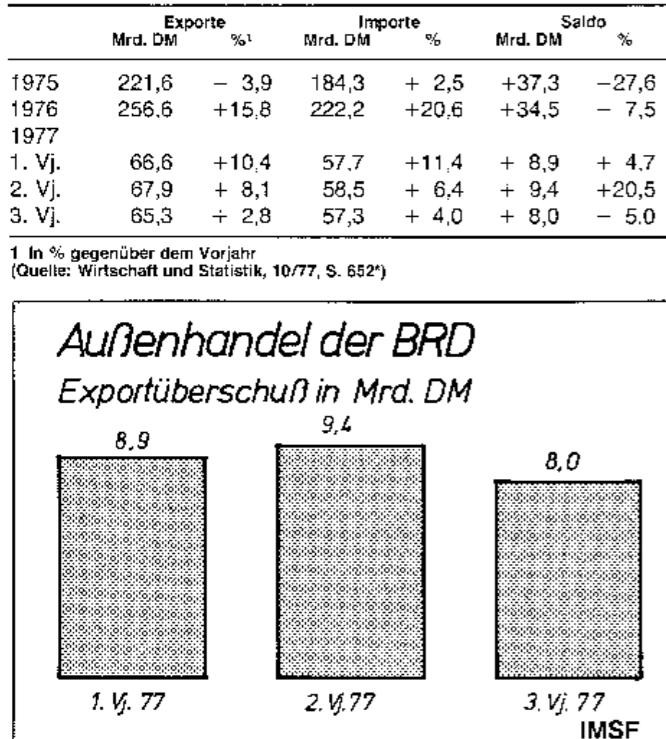
Beschäftigung anregen, den Auslastungsgrad der vorhandenen Kapazitäten verbessern, neue Investitionen – auch Erweiterungsinvestitionen – nach sich ziehen und so eine konjunkturelle Aufwärtsentwicklung einleiten.

Zwar war der erste Schritt erfolgreich – die Exporte und auch der Exportüberschuß konnten erneut kräftig angehoben werden – allerdings nur mit Methoden, die die inländischen Auftriebskräfte negativ beeinflussen mußten. Der Druck auf Löhne und Gehälter bremste den Anstieg der Konsumnachfrage, die staatlich geförderte Rationalisierung setzte Arbeitskräfte frei, so daß die für den Export bestimmte Mehrproduktion ohne Neueinstellungen abgewickelt werden konnte. Die „Sparpolitik“ der öffentlichen Hand schließlich wirkte sich nicht nur negativ auf die Massenkaufkraft aus, sondern führte auch zu Nachfrageausfällen in der konjunkturell bedeutsamen Bauwirtschaft.

So konnte es nicht ausbleiben, daß der hohe Exportüberschuß der Bundesrepublik zum internationalen Ärgernis wurde. Er übte und übt zudem einen ständigen Aufwertungsdruck auf die DM aus mit dem Ergebnis, daß die exportfördernden Effekte der relativ niedrigen Inflationsraten der BRD durch Wechselkursänderungen zumindest teilweise kompensiert werden. Die Exportstrategie der Bundesrepublik mußte also an ihre Grenzen stoßen.

Dieser schon lange erwartete Zustand scheint nun eingetreten zu sein. Schon im ersten Halbjahr 1977 hat sich der Ausfuhrzuwachs deutlich verlangsamt, auch wenn seine Effekte insgesamt noch immer expansiv sind.

Außenhandel der BRD



Im September dieses Jahres war die Ausfuhr kaum noch höher als im gleichen Vorjahresmonat, der Exportüberschuß war sogar etwa eine Milliarde DM niedriger – allerdings absolut mit 3,7 Milliarden immer noch sehr hoch.

Die Entwicklung der Auslandsaufträge zeigt zudem, daß diese Tendenz zur Verlangsamung anhalten wird. Insgesamt wird sich die Warenausfuhr im zweiten Halbjahr 1977 an die verlangsamte konjunkturelle Entwicklung angepaßt haben, so daß zusätzliche expansive Impulse von daher nicht mehr zu erwarten sind.

Eine wesentliche Ursache dieser Entwicklung ist die international verschlechterte Konjunkturlage der kapitalistischen Länder. Infolgedessen hat der Welthandel im ersten Halbjahr volumenmäßig stagniert. Im zweiten Halbjahr ist zwar wieder eine Zunahme zu verzeichnen, doch wird die Zuwachsrate im ganzen Jahr 1977 nur zwischen 5 und 6 Prozent liegen – gegenüber 12 Prozent im Vorjahr.

Zudem hat sich – neben der bereits erwähnten Aufwertung der DM – in vielen Ländern die Tendenz zu Importbeschränkungen bemerkbar

gemacht. Der internationale Währungsfonds (IWF) hat sich deshalb in seinem diesjährigen Bericht veranlaßt gesehen, vor der Verschärfung handelsprotektionistischer Maßnahmen (d.h. vor Einfuhrbeschränkungen) zu warnen. So plant die USA z. B. Sonderzölle für Stahlimporte. Die Europäische Gemeinschaft traf im Juli und August neue Maßnahmen zur Beschränkung der Textilimporte. Diese Maßnahmen richten sich sowohl gegen Entwicklungsländer als auch gegen soziale Staaten. Österreich, immerhin an 7. Stelle der Exportländer der Bundesrepublik stehend, plant empfindliche Belastungen für seinen Import zum Schutze der Arbeitsplätze.

Wenn auch eine wesentliche Einschränkung des Welthandels – von Handelssperren wie in der Weltwirtschaftskrise 1929/1933 ganz zu schweigen – nicht zu erwarten ist, so können diese Bestrebungen doch auf längere Sicht erhebliche Behinderungen mit sich bringen: Ihnen wohnt eine Tendenz zur Beschleunigung und Verschärfung inne. Denn wenn ein Land beginnt, sich auf diese Weise vor Importdruck zu schützen, so bleiben Gegenmaßnahmen der betroffenen Länder meist nicht aus. Diese aber rufen erfahrungsgemäß neue und schärfere Maßnahmen hervor.

Für die nächste Zeit muß jedenfalls damit gerechnet werden, daß der Export als „Konjunkturlokomotive“ seine Triebkraft verlieren wird. Daraus ist damit zu rechnen, daß die wirtschaftspolitisch verantwortlichen Instanzen erneut, wie 1974/75, das „Ausland“ für die wirtschaftliche Stagnation verantwortlich machen werden.

Wie schon damals aber kann auch gegenwärtig der Hinweis auf „äußere“ Krisenfaktoren nicht überzeugen.

Einmal bewegt sich der Export nach wie vor auf einem hohen Niveau. Zum anderen aber hat die Bundesrepublik mit ihrer Restriktionspolitik im Inland – übrigens gegen den Protest internationaler kapitalistischer Gremien wie der OECD – selbst dazu beigetragen, das Ungleichgewicht im Welthandel erneut anschwellen zu lassen. Es war jedenfalls abzusehen, daß eine so einseitig auf den Export gerichtete Wirtschaftspolitik, wie sie die Bundesregierung und auch die Konzerne betrieben haben, früher oder später die Unsicherheiten des Welthandels und damit auch die Labilität der Inlandskonjunktur vergrößern mußten.

Die „Kehrseite“ des hohen Überschusses im Warenhandel ist der Kapitalexport, wobei vor allem die langfristigen Ausleihungen von Bedeutung sind.

Langfristiger Kapitalverkehr der BRD

	Saldo in Mrd. DM
1971	– 6,3
1972	+15,6
1973	+13,0
1974	– 5,8
1975	– 16,8
1976	– 0,3
1977 ²	– 8,1

1. Differenz zwischen Kapitalexport (–) und Kapitalimport (= +)
2. Erstes Halbjahr
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 10/77, S. 70)

Seit 1974 überwiegt im langfristigen Kapitalverkehr der Export von Kapital, wobei sowohl langfristige Kredite, Kauf von ausländischen Wertpapieren und Direktinvestitionen im Ausland eine Rolle spielen. Darin spiegelt sich sowohl das Bestreben wider, zunehmend Produktionen ins Ausland zu verlagern als auch die Tatsache, daß im Verhältnis zu den profitablen Inlandsanlagen zuviel Kapital existiert und daher im Ausland nach besseren Verwertungsmöglichkeiten gesucht wird. Zum Teil wird der Kapitalexport auch unmittelbar durch den Überschuß der Bundesrepublik im Warenhandel bestimmt: so wurden allein im April dieses Jahres von westdeutschen Geschäftsbanken 1,4 Milliarden DM an zahlungsbilanzschwache Länder ausgeliehen – natürlich zu einträchtigen Zinsen.

Seit 1975 übersteigt auch der Umfang der westdeutschen Direktinvestitionen im Ausland die gleichartigen Kapitalimporte. Mitte 1977 waren in der BRD ausländische Direktinvestitionen in Höhe von 47 Milliarden DM registriert, dagegen belief sich der Umfang der westdeutschen Direktinvestitionen im Ausland auf 49,6 Milliarden DM.

Direktinvestitionen im Ausland (Mrd. DM)

1972	1973	1974	1975	1976	1. Hj. 1977
2,82	5,64	4,53	5,23	5,10	2,6

(Quelle: „Informationen...“ 2/77; Handelsblatt v. 21.22. 10.77)

Der Schwerpunkt der Direktinvestitionen der BRD liegt in den USA, wobei sich deren Position immer noch verstärkt. Im ersten Halbjahr flossen 52 Prozent der gesamten Mittel dorthin.

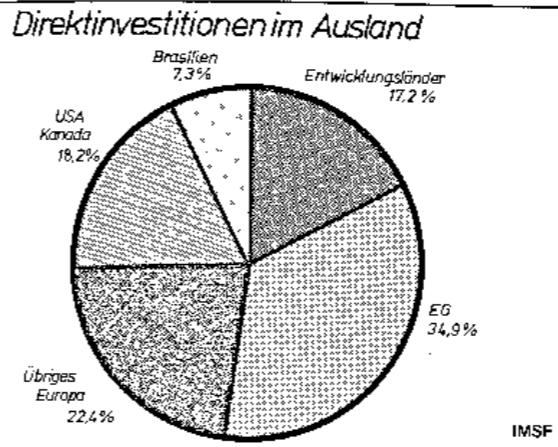
Zusammensetzung der Direktinvestitionen im Ausland¹ in Prozent

Regionen	Anteil in %	Branchen	Anteil in %
USA/Kanada	18,2	Chemie	18,7
EG	34,9	Elektrotechnik	10,5
Übriges	22,4	Banken/Versicher.	9,7
Europa	7,3	Maschinenbau	8,0
Brasilien	17,2	Eisen/Stahl	8,0
Übrige Welt ²	6,2	Erdöl	6,4
		Automobile	6,2

¹ Bezogen auf den Stand Ende 1976 = 47,05 Mrd. DM Gesamtsumme

² Entwicklungsländer

(Quelle: Handelsblatt v. 7. 6. 77)



Verschoben hat sich die Zusammensetzung in den letzten Jahren vor allem – bezogen auf Regionen – zugunsten der USA, während der Anteil der „Entwicklungsländer“ eher noch leicht rückläufig ist. Neben Nordamerika sind die Hauptempfänger westdeutscher Direktinvestitionen vorwiegend die Nachbarländer der Bundesrepublik, wobei der Anteil der kleinen Länder auffallend groß ist. So befinden sich in den Benelux-Staaten fast 20 Prozent, in der Schweiz fast 10 Prozent der Mittel, während z. B. ganz Afrika kaum mehr als 5 Prozent vereinigt.

Getragen wird der Kapitalexport von den technologisch fortgeschrittenen Branchen der Chemie und Elektrotechnik. Nur 5 Branchen vereinigen auf sich über die Hälfte der Gesamtsumme. Da es sich dabei – mit Ausnahme des Maschinenbaus – auch um die Wirtschaftszweige mit dem höchsten Konzentrationsgrad handelt, kann daraus auf die beherrschende Rolle der Großkonzerne beim Kapitalexport geschlossen werden.

Wen auch das Motiv „Niedriglohnländer“ für den Kapitalexport in einigen Branchen – so in der Textilindustrie – eine wichtige und für die Arbeitsplätze katastrophale Rolle spielt, so ergibt sich dessen Entwicklung doch aus der Tendenz zur Internationalisierung der Produktion zwischen den hochentwickelten Industrieländern. Auslandsinvestitionen sind dabei oft eine Waffe im internationalen Konkurrenzkampf zwischen den großen internationalen Konzernen, deren Kapitalbasis aber meistens noch national ist.

2 Unternehmertgewinne und Konzentration

2.1 Unternehmertgewinne

Auch die Gewinnentwicklung ist durch die unerwartet schwache Konkurrenzentwicklung ungünstig beeinflußt worden. Sie hat sich deutlich

verlangsamt, wobei allerdings die große Differenzierung zwischen den Branchen und zwischen den Unternehmen nicht übersehen werden darf.

Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen¹

1973	1974	1975	1976	1977 ²	1. Hj.	2. Hj. ³
Brutto	+ 7,5	+ 0,1	+3,3	+15,4	+5,0	+2,7
Netto ³	+ 3,2	+ 0,2	+5,8	+13,7	+1,0	– 4,3
Abschreibungen	+10,9	+12,0	+9,1	+ 7,4	+7,5	+7,6
Nettoeinkommen und Abschreibungen	–	+ 4,6	+7,0	+11,2	+3,5	– 0,6
						+6,2

¹ In % gegenüber dem Vorjahr

² Schätzungen des „Herbstgutachtens“ der Wirtschaftsforschungsinstitute

³ Ohne Prämien aus der Investitionszulage

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 9/77, S. 569; DIW-Wochenbericht 42–43/77, S. 373)

Die Einbeziehung der Abschreibungen in die Betrachtung ist notwendig, da die „Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen“ erst nach Abzug der Abschreibungen zu Wiederbeschaffungspreisen berechnet werden. Sie sind also teilweise schon um die Inflationsrate bereinigt.

Zudem enthalten die Abschreibungen erhebliche versteckte Gewinne. Zwar hat sich die Gewinnentwicklung im ersten Halbjahr 1977 verlangsamt. Allerdings täuschen die Zahlen der Tabelle: einmal enthalten sie die Geldzuflüsse aus der Investitionsprämie nicht, die unbedingt einbezogen werden müssen. Dann sind die „Gewinneinkommen“ des Staates noch nicht abgesetzt: der Staat hat aber negative „Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen“, weil er an die Banken Zinsen für aufgenommene Kredite zu zahlen hat.

Schließlich muß berücksichtigt werden, daß die Körperschaftsteuerreform, die 1977 in Kraft getreten ist, zunächst zu erhöhten Steuerabführungen der Unternehmen führt, obwohl sie insgesamt einen Entlastungseffekt von jährlich etwa 700 Millionen hat. Die von den Unternehmen abgeführten Steuern können im kommenden Jahr von den Aktionären von ihrer Steuerschuld abgesetzt werden, so daß die Entlastungseffekte erst im nächsten Jahr zu Buche schlagen.

Auch muß bedacht werden, daß die „Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen“ neben den echten Gewinnen auch Arbeitseinkommen von selbständigen Handwerkern, Kleingewerbetreibenden usw. enthalten. Deren Zahl aber nimmt rapide ab. Zwischen 1973 und dem ersten Halbjahr 1977 sank sie um 450 000 Erwerbstätige, das sind 10,8 Prozent der Selbständigen. Allein zwischen dem ersten Halbjahr 1976 und dem ersten Halbjahr 1977 sank sie um 3,2 Prozent. Daraus kann geschlossen werden, daß der Anteil der Arbeitseinkommen an den „Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen“ rasch zurückgeht, die echten Unternehmertgewinne also rascher steigen als die Gesamtgröße.

Wie groß die Differenzierung zwischen den „Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen“ auf der einen Seite und den echten Unternehmertgewinnen, vor allem den Gewinnen der großen Konzeme ist, zeigt ein Rückblick auf 1976.

Unternehmertgewinne 1976

<table border="

Gewinne je Aktie in DM

	1975	1976	1977 ¹
Automobile			
BMW	10,4	23,0	29,5
Daimler	31,0	42,0	50,8
VW	V ²	53,0	72,0
Bauwirtschaft			
Bilfinger & Berger	18,0	53,0	75,1
Hochtief	13,2	21,0	28,9
Holzmann	9,0	14,0	22,0
Chemie			
BASF	15,0	21,5	20,5
Bayer	8,5	15,0	16,7
Hoechst	11,0	18,0	18,5
Elektro			
AEG	V	4,5	5,0
BBC	29,0	28,5	32,4
Siemens	26,0	28,0	31,5
Energie			
RWE	17,0	20,0	22,2
Veba	4,5	11,0	10,5
VEW	13,0	14,5	16,2
Stahl			
Hoesch	V	V	V
Klöckner	V	V	V
Mannesmann	47,5	33,0	33,4
Thyssen	11,5	10,5	11,6
Maschinenbau			
Babcock	21,0	22,0	24,5
GHH	11,0	14,5	17,4
Klöckner-Humboldt	18,0	18,5	20,8
MAN	10,5	15,0	18,4

1 Einschließlich Steuergutschrift (Körperschaftsteuereffekt)
Schätzung der Analyse des Bankhauses Delbrück & Co

2 Es wurden Verluste ausgewiesen

(Quelle: Handelsblatt v. 8. 11. 77)

Die absoluten Zahlen der Tabelle sind allerdings wenig aussagekräftig, auch sind Vergleiche zwischen den Gesellschaften nur wenig sinnvoll. Sie hängen zu stark von der jeweils unterschiedlichen Bilanzierungs- und Ausschüttungspraxis der jeweiligen Konzerne ab. Trotzdem wird deutlich, daß die Gesamtrendenz der Gewinnentwicklung nach oben gerichtet ist, daß vor allem bei fast allen Gesellschaften ausreichende Mittel zur Gewinnausschüttung vorhanden sind.

Was die Unternehmen gegenwärtig mit dem Großteil der Erträge anfangen, das zeigt die Überschwemmung der Geld- und Kapitalmärkte und der hohe Kapitalexport. Genauere Informationen enthält eine Analyse der Landesbank von Baden-Württemberg, die die Jahresabschlüsse von 119 Aktiengesellschaften und 11 GmbHs untersucht.

Demnach stiegen die ausgewiesenen Jahresüberschüsse nach Steuern um 25,3 Prozent. Gleichzeitig erhöhten sich die Pensionsrückstellungen um etwa 25 Prozent – sie werden von den Unternehmen ja als „Lohnkosten“ bezeichnet, obwohl die Mittel von den Unternehmen zur Verfügung stehen.

Während die Investitionen zu 95 Prozent aus den Abschreibungen finanziert werden konnten, erhöhten sich die flüssigen Geldmittel auf Konten usw. um 27,4 Prozent gegenüber 1975. Die Geldanlagen in Wertpapieren wuchsen sogar um 59,3 Prozent.

Wie die Situation auf den Finanzmärkten zeigt, setzt sich diese Entwicklung auch gegenwärtig fort. Günstige Erträge verschaffen den Unternehmen umfangreiche Finanzmittel, die jedoch nicht produktiv angelegt werden, weil infolge der unzureichenden Absatzlage Neuanlagen von produktivem Kapital keine ausreichenden Gewinne versprechen. Soweit diese Mittel nicht in den Luxuskonsum fließen – das ist nur ein geringer Teil –, werden sie in Form von fiktivem Kapital wie Aktien, Investmentzertifikaten, Anleihen und anderen Wertpapieren angelegt. Dabei werden auch die internationalen Geld- und Kapitalmärkte überwältigt.

2.2 Konzentration

Das Jahr 1976 war sowohl hinsichtlich der Großfusionen als auch hinsichtlich der Zahl der Unternehmenszusammenbrüche das bisherige

Spitzenjahr. Der Konzentrationsprozeß hat sich also unmittelbar nach der zyklischen Wirtschaftskrise noch beschleunigt.

Auch aus den letzten Monaten sind wieder größere Fusionsvorhaben gemeldet worden. Dabei hat die größte Bedeutung der Fusionsvorgang in der Reifenindustrie, der vor allem von der Bayer AG vorangetrieben worden ist. Die Phoenix-Gummiwerke AG und die Continental-Gummiwerke AG werden fusioniert, wobei die Corona-Beteiligungsgesellschaft die Hauptanteile halten wird. Diese Holdinggesellschaft wird von der Bayer AG und der Deutschen Bank kontrolliert. Bayer hat an diesem Zusammenschluß besonderes Interesse, weil sie einmal als Hauptaktionär der Metzeler AG, der dritten großen Reifenfirma der BRD, die gesamte westdeutsche Reifenproduktion konzentrieren will, und zum anderen, weil sie als größter Synthesekautschukproduzent der Bundesrepublik sich einen sicheren Absatzmarkt schaffen möchte. Der Schritt zur „Deutschen Reifenunion“ dürfte also nicht mehr weit sein.

Wie Meldungen erkennen lassen, wird dieser Zusammenschluß wiederum eine erhebliche Anzahl von Arbeitsplätzen kosten: Wie das „Handelsblatt“ schrieb, ist „unübersehbar, daß die Fusion auch zur Sicherung nicht aller bestehender, aber doch möglichst vieler Arbeitsplätze von Conti und Phoenix beabsichtigt ist“ (27. September 1977).

Betroffen sind in den drei Gesellschaften insgesamt etwa 36 000 Arbeitsplätze, von denen ein erheblicher Teil dem Rationalisierungseffekt der Fusion zum Opfer fallen dürfte.

Interessant ist bei diesem Vorgang, daß die Beschlüsse dazu in den Vorständen von Bayer und der Deutschen Bank gefallen sind, die Geschäftsleitungen der betroffenen Gesellschaften selbst keine Entscheidungsbefugnisse haben.

Daran sollte gedacht werden, wenn Unternehmer im Zusammenhang mit der gewerkschaftlichen Mitbestimmung wieder einmal die Einflüsse „betriebsfremder“ Funktionäre beklagen.

Bezeichnend am Rande: Während die IG Chemie in Hamburg-Harburg 5000 Arbeitsplätze gefährdet sieht, weiß das Handelsblatt von der „ungewissen Zukunft“ zweier „Arbeitsplätze“ zu berichten: der der beiden Vorstandsvorsitzenden Weinlig und Hahn.

Bedeutende Veränderungen in der Struktur der Flugzeugindustrie wird die von der Bundesregierung erwogene „Neuordnung“ mit sich bringen: Aus den drei Flugzeugherstellern „Messerschmitt-Bölkow-Blohm“ (MBB), „Vereinigte Flugtechnische Werke – Fokker“ (VFW) und Dornier soll ein einheitlicher Konzern gebastelt werden. Parallel dazu sind ähnliche Vorgänge in Frankreich und Großbritannien zu beobachten. Nicht nur über direkte Kapitalbeteiligungen, sondern auch über umfangreiche Subventionen ist die Verflechtung privaten und öffentlichen Kapitals bereits so weit gediehen, daß sich bei diesen Überlegungen militärische, politische und ökonomische Aspekte nicht mehr voneinander trennen lassen (vgl. Frankfurter Allgemeine v. 3. September 1977).

Die Parallelentwicklung von Fusionen auf der einen und Unternehmenszusammenbrüchen auf der anderen Seite legt schon rein äußerlich die Vermutung nahe, daß beides nur zwei Seiten der gleichen Medaille sind. Bestätigung erfuhr diese Vermutung unlängst aus Kreisen der VDMA zusammengeschlossenen Hersteller von Präzisionswerkzeugen, die meist noch mittelständisch organisiert sind.

Das „Preisdiktat“ der Groß- und Konzernunternehmen führt zu einem dauernden „Substanzverzehr“ bei den Werkzeugherstellern. Jene benutzen ihre Nachfragermacht rücksichtslos, um Konditionen durchzusetzen, die für diese nicht mehr kostendeckend seien (Frankfurter Allgemeine v. 28. September 1977). Wenn solche Offenheit der Sprache bei Unternehmen auch selten ist und zudem in der Wirtschaftspresse bestenfalls mit einer kurzen Notiz erwähnt wird, so ist der Vorgang doch symptomatisch für viele Bereiche, in denen Konzeme kleinen Zuliefererunternehmen gegenüberstehen.

Auch die letzten vorliegenden Zahlen zeigen, daß der „Bereinigungsprozeß“ unvermindert anhält. In den ersten 8 Monaten des laufenden Jahres wurden bei den Amtsgerichten 6476 Insolvenzverfahren registriert, 375 Fälle oder 6,1 Prozent mehr als im Jahre 1976. Obwohl davon fast ausschließlich kleine Betriebe betroffen sind, kommen doch immer wieder auch bedeutende Unternehmen in Schwierigkeiten. So hat in der jüngsten Vergangenheit die fünfgrößte Reederei der BRD, Schulte & Bruns mit etwa 1700 Beschäftigten, den Konkurs angemeldet.

det. Sie ist damit Opfer einer Entwicklung geworden, die mit dem unkontrollierten Aufbau von Überkapazitäten in der Frachtschiffahrt vorgezeichnet war und z.B. bei Tankern zu einem „Tonnageüberhang“ von etwa 30 Prozent geführt hat.

3 Lage der Arbeiterklasse

3.1 Löhne und Gehälter

Die Entwicklung der Löhne und Gehälter hat sich – nach einem leichten Aufschwung, der von Mitte 1976 bis Mitte 1977 reichte – wieder verlangsamt.

Die Schätzung der Wirtschaftsforschungsinstitute für das zweite Halbjahr 1977 dürfte inzwischen schon als zu optimistisch überholt sein: Die

Einkommen aus unselbständiger Arbeit in Prozent

	1974	1975	1976	1977 ¹	1. Hj.	2. Hj. ¹
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit ²						
Arbeit ²	+10,0	+4,1	+7,1	+7,0	+7,5	+6,5
Nettolohn- und -gehaltssumme	+7,8	+3,6	+3,8	+6,0	+5,9	+6,0
Nettolohn- und -gehalts- summe je Beschäftigten	+9,8	+7,2	+4,3	+6,0	+5,6	+6,0
Reale Nettolohn- und -gehaltssumme je Be- schäftigten	+2,6	+1,2	-0,1	+1,9	+1,7	+2,0

1 Auf Monatsbasis, in % gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 10/77, S. 69)

Zunehmende Kurzarbeit und der Abbau von Überstunden führen neben dem wachsenden Druck der Unternehmer auf tariflich nicht abgesicherte Lohnbestandteile – z.B. durch Kürzung der Weihnachtsgelder oder der Jahresabschlußzahlungen wie bei der BASF – zu einem Rückgang der Lohndrift.

Lohndrift¹

	1975	1976	1977			
	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
Arbeiter						
Effektivlöhne	+8,2	+5,8	+5,9	+6,5	+6,1	+8,3
Tariflöhne	+10,6	+9,3	+7,9	+7,3	+5,1	+5,7
Lohndrift	-2,4	-3,5	-2,0	-0,8	+1,0	+2,6
Angestellte						
Effektivgehälter	+9,5	+8,7	+6,6	+7,3	+6,3	+6,4
Tarifgehälter	+10,1	+8,5	+7,4	+7,1	+4,5	+5,5
Lohndrift	-0,6	+0,2	-0,8	+0,2	+1,8	+0,9

1 Differenz zwischen Entwicklung der Tarif- und Effektivverdienste in %
(Quelle: DIW-Wochenbericht Nr. 45/77, S. 390)

Inzwischen dürfte die Lohndrift bereits negativ geworden sein, d.h. die Effektivlöhne wachsen langsamer als die Tarifeinkommen.

Doch selbst wenn die Tariflöhnerhöhungen effektiv werden, dann werden Lohnerhöhungen unter 6 Prozent 1978 zu realen Einkommensabfällen führen.

Nominallohnerhöhungen 1977/78¹

	Kein Reallohnzuwachs	2 % Reallohnzuwachs	4 % Reallohnzuwachs
Ledig	+6,4	+9,5	+12,4
Verheiratet	+5,2	+7,7	+10,0

1 Bei einem Bruttogehalt von 2000,- DM monatlich 1977
(Quelle: Berechnet nach „Capital“, 9/77, S. 46)

Zwar verschieben die inzwischen beschlossenen Steuervergünstigungen dieses Verhältnis etwas zugunsten der Lohnabhängigen. Trotzdem bleibt die Tatsache bestehen, daß Lohnerhöhungen um 10 Prozent notwendig sind, soll bei einem angenommenen realen Wirtschaftswachstum von 4 Prozent 1978 („Herbstgutachten“) die Netto-Lohnposition der Arbeiterklasse im kommenden Jahr nicht verschlechtert werden.

Entwicklung von Beschäftigung und Lohndrift ist nach den inzwischen vorliegenden Daten negativer verlaufen als ursprünglich angenommen.

Zudem hat sich die Entwicklung der Tarifeinkommen leicht verlangsamt. Unternehmer, Bundesregierung und Wirtschaftsforschungsinstitute möchten diese Tendenz in den bevorstehenden Lohnverhandlungen noch verstärken. So geht das „Herbstgutachten“ von Tarifabschlüssen deutlich unter 6 Prozent aus. Ludwig Poullain, Vorsitzender der öffentlichen „Westdeutschen Landesbank“, hält Lohnerhöhungen zwischen 4,5 und 5,5 Prozent für „angemessen“. Der „Sachverständigenrat“ fordert Abschlüsse um 3,5 Prozent.

Tariflöhne und -gehälter¹

	Gesamtwirtschaft	Industrie
1970	+13,0	+14,4
1971	+13,3	+14,2
1972	+9,1	+8,6
1973	+10,3	+10,1
1974	+12,5	+12,5
1975	+8,5	+9,1
1976	+5,9	+6,2
1977, 1. Vj.	+6,9	+7,9
2. Vj.		

Eine Einordnung der beschlossenen steuerlichen Maßnahmen – so weit sie die Löhne und Gehälter betreffen – muß die völlig veränderte Rolle der Lohnsteuer für die Finanzierung der staatlichen Tätigkeit berücksichtigen.

Lohnsteuer und Steueraufkommen¹

	Gesamtaufkommen in Mrd. DM	Lohnsteueraufkommen Mrd. DM	% ²
1950	16,1	1,8	11,2
1960	56,8	8,1	14,3
1970	134,1	35,1	26,2
1976	222,4	60,6	36,2

¹ Bund und Länder; ² Anteil am Gesamtaufkommen in %
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 10/77, S. 56)

Es ist nicht nur das Gewicht der Lohnsteuern ständig gestiegen, der Anstieg hat sich sogar – trotz der Steuerreform 1975 – beschleunigt.

Steuereinnahmen 1977¹

	Mrd. DM	In % geg. Vorjahr
Gesamtaufkommen	192,8	+13,2
Lohnsteuern	62,8	+14,1

¹ Bund und Länder, im Zeitraum Januar bis September 1977
(Quelle: Bulletin der Bundesregierung, Nr. 114/77, S. 1043)

Dabei ist zu berücksichtigen, daß in den letzten Jahren immer mehr Angestellte mit ihrem Einkommen die Grenze überschritten haben, von der ab sie zur Einkommensteuer veranlagt werden, in den Statistiken also nicht mehr als Lohnsteuerzahler auftauchen.

Die in den letzten Monaten beschlossenen Steuererleichterungen ändern an der Entwicklungstendenz der Lohnsteuer nichts, sie verzögern sie lediglich etwas.

Das zeigt auch das Ergebnis der jüngsten Steuerschätzung.

Steuerschätzung der Bundesregierung

1977	1978	1979	1980					
Mrd. DM	% ¹	Mrd. DM	%					
Gesamtaufkommen ²	299,8	+11,8	325,0	+ 8,4	351,8	+ 8,2	382,0	+ 8,6
Lohnsteuer	92,0	+14,1	103,5	+12,5	117,5	+13,5	134,0	+14,0

¹ In % gegenüber dem Vorjahr
² Bund, Länder und Gemeinden
(Quelle: Handelsblatt v. 1.9.77)

Neben einer Reihe anderer Maßnahmen fallen drei Maßnahmenkomplexe ins Gewicht:

- Das „Steueränderungsgesetz 1977“. Es beinhaltet eine Erhöhung verschiedener Sonderausgabenbeträge bei der Lohn- und Einkommensteuer. Außerdem wird das Kindergeld erhöht. Der Hauptinhalt dieses „Steuerpaket“ aber ist für die Unternehmer bestimmt: Demnach werden die Gewerbe- und Vermögensteuern kräftig gesenkt.
- Das „Gesetz zur Steuerentlastung und Investitionsförderung“. Demnach wird der Weihnachtsfreibetrag um 300 DM und der Grundfreibetrag um 300/600 DM (Ledige/Verheiratete) heraufgesetzt. Außerdem wird ein „Tariffreibetrag“ von 510/1020 DM eingeführt. Auch dieses „Paket“ bringt den Unternehmern viel: die Erweiterung der degressiven Abschreibung mit der Folge von Steuerersparnissen.
- Die Mehrwertsteuererhöhung um 0,5 bzw. 1 Prozent. Ähnlich wie diese wird sich die Verdoppelung der Steuer auf Heizöl auswirken.

Nach Angaben des Bundesfinanzministeriums werden die verschiedenen Maßnahmen 1977/78 eine Entlastungswirkung von insgesamt 16,6 Milliarden DM haben, während die Mehrwertsteuer zusätzliche Belastungen von 5,3 Milliarden DM, die Heizölsteuer von 0,5 Milliarden DM bewirkt. Wenn diese Zahlen auch betont optimistisch gefärbt sind, so sind die Auswirkungen doch als insgesamt bedeutsam zu bezeichnen.

Allerdings wirken die Maßnahmen jeweils in sehr unterschiedlicher Weise. Da sind einmal die direkten Vergünstigungen für die Unternehmen in Höhe von 4 Milliarden DM. Hinzurechnen sind verschiedene Maßnahmen wie die Einführung der Abzugsfähigkeit der Berufsausbildungsabgaben, die Erhöhung der Investitionszulage für Forschungs- und Entwicklungsinvestitionen von 7,5 auf 15 Prozent, Zinszuschüsse für wärmedämmende Investitionen usw., deren Umfang nicht genau abzuschätzen ist. Auf dem Verordnungswege – nahezu unter Ausschluß der Öffentlichkeit – werden zudem laufend neue Vergünstigungen eingeführt. Dazu gehört die Erhöhung der Reisespesensätze und die per Erlass des Bundesfinanzministeriums vom 21. Juni 1976 verfügte Möglichkeit der Unternehmen, für nichtgeleisteten Urlaub und für „abzubummelnde“ Überstunden steuersparende Rückstellungen zu machen. Da praktisch in jedem Unternehmen zum Jahresende so ein „Überhang“ an Urlaub und Überstunden existiert, bedeutet das einen immerhin nennenswerten Finanzierungsbeitrag, den der Staat den Unternehmen leistet.

Vorwiegend oder ausschließlich für Lohn- und Gehaltsempfänger entlastend wirkt die Erhöhung des Weihnachtsfreibetrags (Gesamtaufwand 2,1 Milliarden), der Tariffreibetrag (etwa 3,6 Milliarden) und die Erhöhung des Grundfreibetrags (3,6 Milliarden). Allerdings steigt die Entlastungswirkung auch hier – mit Ausnahme des Grundfreibetrags – mit der Einkommenshöhe.

Vorwiegend den oberen Einkommensschichten kommt die erweiterte Sonderausgabenregelung zugute (Auswirkungen 1977/78: 1,3 Milliarden).

Irreführend ist es, daß in diesem Zusammenhang auch die Erhöhung des Kindergelds um insgesamt 1,7 Milliarden genannt wird. Denn während nach der alten Regelung vor der Steuerreform die Entlastungswirkung der Kinderfreibeträge mit wachsender Steuerlast jedes Jahr zunahm, verliert das Kindergeld im Zuge der Inflation jährlich an Wert. Die Erhöhung um insgesamt durchschnittlich 12 bis 13 Prozent gleicht den seit 1975 eingetretenen Wertverlust jedenfalls nicht aus.

Den für die Lohnabhängigen positiven Effekten steht negativ die Mehrwertsteuererhöhung gegenüber, die zum größten Teil aus ihren Einkommen getragen werden muß.

Soll die „Entlastungswirkung“ der Steuerreform nach ihrer sozialen Verteilung untersucht werden, dann muß das vor dem Hintergrund der Gesamtentwicklung der Besteuerung geschehen. Denn die „Entlastungswirkung“ für die Arbeiter und Angestellten ergibt sich nur aus einem Vergleich mit der Mehrbelastung infolge der Steuerprogression: Sie ist in Wirklichkeit nur fiktiv. Tatsächlich wird die prozentuale Belastung der Arbeitseinkommen mit der Lohnsteuer 1978 nicht zurückgehen, es wird lediglich ein Jahr Pause beim Anzischen der Lohnsteuerschraube eingelegt. Das zeigt die Entwicklung der „Lohnsteuerquote“, die die prozentuale Belastung der Bruttolöhne und -gehälter durch die Lohnsteuer angibt.

Lohnsteuerlastquote in Prozent

1950	1965	1974	1981 ¹
4,4	8,6	16,8	ca. 20

¹ Vorausberechnung des Ifo-Instituts, unter Berücksichtigung der Maßnahmen von 1977
(Quelle: Ifo-Schnelldienst 26/77, S. 4)

Während sich die Quote zwischen 1965 und 1974 jährlich um etwa 0,5 bis 0,9 erhöhte, wird sie zwischen 1976 und 1981 um jährlich 1 Prozent steigen. Das zeigt, wie stark die „Reform“ von 1975 die Progression verschärft hat, in Wirklichkeit also nicht die Entlastung, sondern eine verstärkte Belastung durch die Lohnsteuer bewirkt hat. 1981 wird sie – trotz Maßnahmen für 1977/78 – 37 Prozent des gesamten Steueraufkommens stellen – nach gegenwärtig „nur“ 31 Prozent.

Dagegen sind die Maßnahmen zugunsten der Unternehmer nur ein weiterer Schritt zur Senkung der steuerlichen Belastung. Wie der parlamentarische Staatssekretär beim Bundesfinanzministerium, Offergeld, Anfang des Jahres ausführte, ist die Steuerbelastung der Unternehmer in den letzten 25 Jahren eher zurückgegangen. Durch vielfältige Maßnahmen haben diese allein seit 1972 etwa 20 Milliarden DM an Steuern gespart (Frankfurter Rundschau vom 23. März 1977).

3.3 Preise

Nach einer zur Jahresmitte hin spürbaren leichten Beschleunigung der Preisentwicklung hat sich das Tempo im 3. Vierteljahr 1977 wieder et-

was verlangsamt. Die Schwankungen der Preissteigerungsraten sind allerdings relativ gering.

Lebenshaltungskosten 1977¹

	Lebenshaltungskosten insgesamt in %		ohne Saisonwaren in %	
	gegenüber Vormonat	gegenüber Vorjahresmonat	gegenüber Vormonat	gegenüber Vorjahresmonat
Januar	+0,9	+4,1	+0,7	+4,0
Februar	+0,6	+4,0	+0,4	+3,9
März	+0,3	+3,9	+0,4	+4,0
April	+0,5	+3,8	+0,3	+3,9
Mai	+0,4	+3,8	+0,4	+4,0
Juni	+0,5	+4,0	+0,2	+4,2
Juli	-0,1	+4,3	+0,3	+4,3
August	-0,1	+3,9	+0,3	+4,2
Sept.	-0,1	+3,7	+0,3	+4,2
Oktober	+0,1	+3,8		

¹ Alle Haushalte in Prozent
(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 10/77, S. 673)

Stabilisiert wurde die Preisentwicklung vor allem durch Saisonwaren, die in diesem Jahr saisonal stärker im Preis gesunken sind als im Vorjahr. Da dieser Effekt gegen Jahresende nachlassen wird, ist nun wieder mit einer etwas erhöhten Preissteigerungsrate für die nächsten Monate zu rechnen. Schon im Oktober war das spürbar.

Einen deutlichen Auftrieb werden die Preise aber voraussichtlich erst zum Jahresbeginn erfahren: einmal tritt die Mehrwertsteuererhöhung in Kraft, die den Preisindex allein um etwa 0,7 Prozent nach oben verschieben wird.

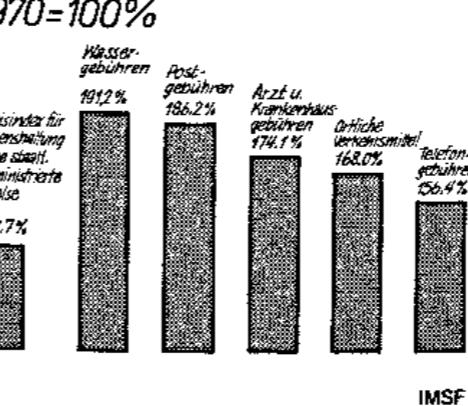
Hinzu kommen die Auswirkungen der bereits beschlossenen Preiserhöhungen im Energiesektor. Die meisten Energieversorgungsunternehmen werden ihre Preise zum Januar 1978 anheben, ebenso die Ruhrkohle AG. Ebenfalls zum 1. Januar 1978 wird die Steuer auf leichtes Heizöl von 10 auf 20 DM je Tonne erhöht werden. Die „Verströmungsnovelle“ bringt eine Erhöhung des „Kohlepennigs“ mit sich, durch den der Einsatz von Steinkohle in der Elektrizitätswirtschaft auf Kosten der Verbraucher subventioniert wird.

Gleichzeitig planen viele öffentliche Nahverkehrsunternehmen kräftige Preisanhebungen.

Viele dieser Maßnahmen sind Ausdruck der von den Unternehmen geforderten und der Bundesregierung realisierten „Sparstrategie“. Eine Vielzahl der öffentlichen Leistungen, die traditionell aus den öffentlichen Haushalten mitfinanziert wurden, sollen allmählich derart verteuert werden, daß sie dem Bürger nur noch „kostendeckend“, d.h. ohne Zuschüsse, angeboten werden. Infolgedessen sind die staatlich „administrierten Preise“ in der letzten Zeit überproportional gestiegen.

Administrierte Preise am höchsten

1970=100%



Gedacht wird der Bundesregierung die Erfüllung dieser Unternehmerwünsche allerdings nicht. Sie, die am heftigsten nach „kostendeckenden“ Preisen für Straßenbahn und Post rufen, scheuen sich nicht, die Bundesregierung in ihrer Propaganda dann als die schlimmsten Preistreiber hinzustellen.

Während die Verbraucherpreise ihr Steigerungstempo nicht wesentlich verändern, hält die Verlangsamung der Preisentwicklung bei den Industriepreisen an.

Ausgewählte Preisindizes in Prozent gegenüber dem Vorjahr

	Industrielle Erzeugerpreise	Landwirtschaftliche Erzeugerpreise	Einzelhandelspreise
1. Hj. 1977	+3,8	-2,9	+3,8
Juli	+2,2	0,0	+4,3
August	+1,9	-4,4	+3,7
September	+1,7	-4,0	+3,9

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 10/77, S. 673; Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 10/77, S. 68)

Die Tendenz bei den Industriepreisen ist allerdings wesentlich den seit März dieses Jahres sinkenden Dollarpreisen für Rohstoffe zu verdanken. Verstärkt wird diese Entwicklung durch den Aufwertungsdruck der DM, der die Importe verbilligt. Im September lag der Index der Einfuhrpreise sogar um ein Prozent unter dem Vorjahresstand. Die Rohstoffpreise waren im gleichen Monat international zwar noch 5,6 Prozent höher als im September 1976, da aber der Außenwert der DM gegenüber den Währungen der Handelspartner im Durchschnitt um 7,8 Prozent höher war, konnten die bundesdeutschen Konzerne die Rohstoffe absolut billiger einkaufen als im Vorjahr.

3.4 Kämpfe der Arbeiterklasse

Die Tarifabschlüsse im

ist die Sicherung von Arbeitsplätzen, die Aufrechterhaltung beruflicher Qualifikationen und die Gestaltung der Arbeitsbedingungen.

Nachdem sieben Verhandlungsrounden ergebnislos verlaufen waren, wurden von den Gewerkschaften die Verhandlungen für gescheitert erklärt und am 22. September beschlossen, das Schlichtungsverfahren einzuleiten. Die sieben Verhandlungsrounden waren begleitet von einer Vielzahl von Protestaktionen in Druckereibetrieben. Während der sechsten Runde am 18./19. August in München legten 114 Beschäftigte der „Süddeutschen Zeitung“ für kurze Zeit die Arbeit nieder. Während der letzten Runde am 19./20. September unterbrachen bei der Firma Druck und Verlag in Kassel etwa 80 Beschäftigte für 15 Minuten und bei der „Frankfurter Rundschau“ etwa 200 Beschäftigte für 45 Minuten ihre Arbeit, um die gewerkschaftlichen Forderungen zu unterstreichen.

Der bisherige harte Widerstand des Bundesverbandes Druck, insbesondere aber der Verleger in der Druckindustrie, läßt eine Zuspitzung des Tarifkonfliktes auch nach der Schlichtungsverhandlung am 17./18. November erwarten.

3.5 Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

Am deutlichsten spiegelt sich die erneut verschlechterte Situation am Arbeitsmarkt in der Beschäftigungsentwicklung wider. Nachdem im ersten Vierteljahr 1977 eine leichte Steigerung der Beschäftigtenzahl um 11 000 zu verzeichnen war (saisonbereinigt), sank sie im zweiten Vierteljahr um 40 000.

Einen gewissen Beschäftigungsausgleich stellt noch die Entwicklung im Dienstleistungsgewerbe dar, wobei auch der öffentliche Dienst

seine Beschäftigung – wenn auch nur noch stark verlangsamt – ausweitet. Besonders deutlich ist der Rückschlag in den konjunkturreagiblen Bereichen Industrie und Bauwirtschaft.

Noch deutlicher zeigt sich der Beschäftigungseinbruch an der Entwicklung der Zahl der geleisteten Arbeitsstunden. Während sie (bei den Arbeitern) im ersten Quartal in Industrie und Baugewerbe noch über dem Vorjahresstand lagen, ging ihre Zahl im zweiten Vierteljahr kräftig zurück. Verstärkte Kurzarbeit und der Abbau von Überstunden zeigen, daß auch für die absehbare Zukunft mit keiner Besserung der Beschäftigungslage zu rechnen ist.

Für den Arbeitsmarkt deutet das auf eine bevorstehende weitere Verschlechterung hin, selbst wenn das in den offen ausgewiesenen Arbeitslosenzahlen nur teilweise zum Ausdruck kommt.

Arbeitsmarkt 1977

	Arbeitslose (1)	Kurzarbeiter (2)	Offene Stellen (1)	Offene Stellen (2)
1. Hj.	1077	-66	271	-156
Juli	973	+28	210	-127
August	964	+24	95	+29
September	911	+12	158	-64
Oktober	954	-10	198	+58

(1) In 1000; (2) Veränderung gegenüber dem Vorjahr in 1000
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 11/77, S. 65)

Die Arbeitslosenquote liegt insgesamt im Oktober bei 4,2 Prozent. Überdurchschnittlich ist sie bei den Jugendlichen (unter 20 Jahren) mit 4,4 Prozent und bei den Ausländern mit 4,5 Prozent. Bei den Frauen ist sie mit 6 Prozent nahezu doppelt so hoch wie bei den Männern.

Beschäftigtenzahlen (saisonbereinigt)¹

	1974	1975	1. Vj.	2. Vj.	1976	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
Insgesamt	22 152	21 386	21 228	21 266	21 303	21 364	21 375	21 335	
darunter:									
Landwirtschaft	278	269	268	267	265	265	264	262	
Industrie	8 599	8 054	7 839	7 827	7 826	7 846	7 864	7 843	
Baugewerbe	1 691	1 509	1 495	1 495	1 485	1 479	1 451	1 411	
Handel/Verkehr	4 210	4 093	4 071	4 072	4 078	4 085	4 085	4 084	
Dienstleistungen	6 249	6 350	6 432	6 473	6 510	6 544	6 560	6 586	

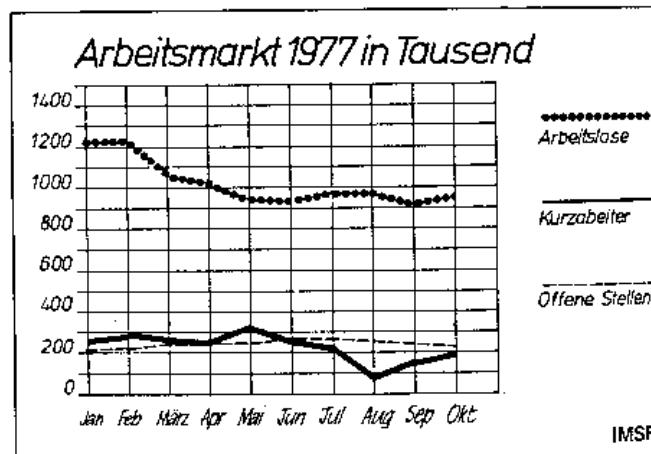
1. In 1000 Personen. Durch die Saisonbereinigung werden Schwankungen im Jahresablauf rechnerisch ausgeglichen
(Quelle: DIW-Wochenbericht, 45/77, S. 387)

Wenig aussagekräftig aber ist vor allem die Statistik über die Jugendarbeitslosigkeit. Durch eine repräsentative Untersuchung ermittelte das „Bundesinstitut für Berufsbildung“ in Westberlin im Juni eine Zahl von 160 000 Arbeitslosen unter 20 Jahren. Bei den Arbeitsämtern waren gleichzeitig aber nur 96 000 registriert (Handelsblatt vom 19. September 1977).

Auch für die weitere Zukunft muß mit einem Ansteigen der Arbeitslosigkeit gerechnet werden. Selbst ein kräftiges Wachstum würde nicht ausreichen, um die Arbeitslosigkeit zu beseitigen. Nach Berechnungen des Münchener Ifo-Instituts müßte bis in die achtziger Jahre hinein eine jährliche Wachstumsrate von 6 Prozent erreicht werden, soll die Arbeitslosenquote auch nur auf 2 Prozent gedrückt werden („Vollbeschäftigung“ nach der Definition des Ifo-Instituts). Das aber wurde noch nicht einmal in den sechziger Jahren erreicht.

Bei einer Fortsetzung des Wachstumstrends mit einem jährlichen Zuwachs von 3,5 Prozent würde die Arbeitslosenzahl bis 1980 auf jahresdurchschnittlich 1,3 und bis 1985 auf 1,7 Millionen steigen. Dabei kalkuliert das Institut bereits eine Urlaubsverlängerung und die Beibehaltung des Zuwanderstopps für Ausländer ein.

Wenn es nicht gelingt, wirksame beschäftigungspolitische Maßnahmen durchzusetzen – wie die Ausweitung der Beschäftigung im öffentlichen Dienst, die Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnneinbußen, die Verlängerung der Schulzeiten, Vorschläge und theoretische Untersuchungen gibt es in großer Anzahl –, dann ist die Zeit nicht mehr weit, in der die Arbeitslosenzahl zu den saisonalen Beschäftigungstiefpunkten die Zweimillionengrenze erreichen kann.



Herausgeber: Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Liebigstraße 6, 6000 Frankfurt am Main

Verfasser: Dr. Jörg Goldberg, 5000 Köln, und Klaus Pickhaus, 3550 Marburg

Abschlußbericht dieses Berichts: 20. 11. 1977 – Nachdruck nur auszugsweise mit Quellenangabe gestattet.

Erscheint in der NACHRICHTEN-Verlags-GmbH, Glauburgstraße 66, Postfach 18 03 72, 6000 Frankfurt am Main; für Abonnenten der Monatzeitschrift NACHRICHTEN als Beilage in Abonnementpreis von 25,- DM (zuzügl. 3,20 DM Zustellgebühr) enthalten. Erscheinungsweise vierteljährlich im März, Juni, September und Dezember, Einzelpreis 1,75 DM, Jahresabonnement 7,- DM (zusätzlich 1,20 DM Zustellgebühr).

Druck: Plambeck & Co Druck und Verlag GmbH, Xantener Straße 7, 4040 Neuss.